

Saudi-arabischer König Salman, US-Präsident Obama im Weißen Haus

Das Duell der Auserwählten

Essay Saudi-Arabien und Iran kämpfen um die Vorherrschaft in Nahost – eine Chance für den Westen?

Von Erich Follath

Die Regierung von Saudi-Arabien? In den Augen des iranischen Revolutionsführers Ali Khamenei wird sie beherrscht von ahnungslosen „Jungspunden“, die nicht einmal davor zurückschreckten, im Jemen einen Krieg anzuzetteln und an Schiiten einen „Völkermord“ zu begehen. Seit die Polizei am Flughafen von Dschidda im April zwei Jugendliche aus Teheran sexuell belästigt hat, schlägt die Empörung in Iran gegen den Nachbarn besonders hoch: Pilgerreisen nach Mekka, zu der heiligsten Stätte des Islam, sind nun für persische Muslime von Staats wegen bis auf Weiteres verboten.

Die Regierung von Iran? In den Augen des saudi-arabischen Königshauses eine „Schlange, der man den Kopf abschlagen muss“ – so heißt es in einem 2010 von der Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlichten Dokument, in dem ein Militärschlag gegen iranische Nuklearanlagen gefordert wird. Seit die USA im Juli 2015 an der Seite der anderen Uno-Vetomächte und Deutschlands ein Atomabkommen mit Teheran geschlossen haben, sind die Töne noch schriller geworden. „Das iranische Regime ist ein Monster, das bisher an einen Baum gefesselt war und das man jetzt losgebunden hat“, schreibt etwa die vom Königshaus finanzierte Zeitung „Asharq Al-Awsat“.

Es geht in diesem Konflikt um weit mehr als um den Austausch von Beleidigungen, auch um mehr als einen Stellvertreterkrieg, wie er neuerdings im Jemen tobt, wo seit Ende März eine von Riad angeführte Militärallianz unter großen Verlusten innerhalb der Zivilbevölkerung Stellungen der Huthi-Milizen bombardiert – auch mit international geächteten Streubomben. Die Aufständischen sind zwar keine Befehlsempfänger Irans, wie Riad immer wieder behauptet, werden aber von Teheran unterstützt. Es geht den Herrschern Saudi-Arabiens und Irans um etwas sehr Grundsätzliches, um die Vorherrschaft im Nahen Osten.

Beide begreifen sich als Hegemonialmächte, denen eine solche Stellung gebührt. Und beide haben einen besonderen religiösen Anspruch: Das saudische Königshaus sieht sich als Wächter der Heiligen Stätten von Mekka und Medina und als politisches Zentrum der Sunna, der Hauptglaubensrichtung des Islam. Iran beansprucht für sich die Führung der Schia, der „Partei Alis“, die zwar weltweit nur knapp 15 Prozent der Gläubigen umfasst, aber in Krisenstaaten wie dem Irak, Syrien und dem Libanon sowie in Bahrain am persisch-arabischen Golf (schon der Begriff ist heiß umstritten) eine zentrale Rolle spielt. Beide fühlen sich machtpolitisch wie ideologisch durch die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) bedroht.

Seit dem Abschluss des Atomabkommens kann Iran damit rechnen, dass die in Sanktionszeiten eingefrorenen Milliardengelder nach und nach freigegeben werden. Auch die USA, bisher ein besonders enger Verbündeter Saudi-Arabiens, haben ihr Interesse an besseren Beziehungen zu Teheran deutlich gemacht. Noch im Oktober will auch der deutsche Außenminister die Lage in Teheran wie in Riad sondieren. Soll die Bundesregierung ihre Nähe zum Königshaus von Saudi-Arabien also aufgeben, auf lukrative Waffenexporte verzichten und – trotz der extrem israelfeindlichen Haltung der Teheraner Regierung – auf Fortschritte in Iran setzen? Eröffnet der Atomdeal womöglich Chancen auf die Beendigung des syrischen Bürgerkriegs?

Einmal in jeder Generation scheint es in Iran wie in Saudi-Arabien ein einschneidendes Ereignis zu geben, und zwar fast gleichzeitig. Zum Beispiel 1953. Es ist das Jahr, in dem Ibn Saud, der Gründervater der Nation und ihr erster König, verstirbt – das Ende einer Epoche, die bis 1774 zurückreicht, als sein Urahn ein Bündnis mit dem Wanderprediger Mohammed Bin Abd al-Wahhab schloss und seine Herrschaft so religiös legitimierte.

Der fanatische, pluralismusfeindliche Wahhabismus wurde im Königreich zur Staatsdoktrin, und er schien zu einer Nation zu passen, für die der Zusammenhalt der Stämme und ein karges Wüstenleben vor allem anderen standen. Doch schon zu Lebzeiten des Gründerkönigs begann das Erdöl zu sprudeln, die an amerikanische Konzerne vergebenen Konzessionen spülten Milliarden in die Kassen des Königreichs.

1953 war auch für Iran ein Wendepunkt. Der linksliberale Mohammed Mossadegh, vom iranischen Parlament gewählt, versuchte, die hohen Einnahmen der Anglo-Iranian Oil Company gerechter zu verteilen. Doch die britische Regierung, Mehrheitseigner des Unternehmens, weigerte sich. Mossadegh drohte mit der Verstaatlichung, ein vom britischen und amerikanischen Geheimdienst organisierter Putsch fegte ihn aus dem Amt. Der Staatsstreich und die folgende Fremdbestimmung durch den Westen wurden zum nationalen Trauma.

1979 erschütterte dann eine Geiselnahme Saudi-Arabien: Hunderte Attentäter hatten sich in die Große Moschee von Mekka eingeschlichen, sie schossen um sich und erklärten die Heilige Stätte für besetzt, es war die ultimative Provokation. König Khalid al-Saud blieb nichts anderes übrig, als sich von den führenden Religionsgelehrten die Gottgefälligkeit einer gewaltsamen Rückeroberung bestätigen zu lassen. Die Kleriker verlangten für ihre Zustimmung einen hohen Preis, wollten künftig noch mehr die Regeln bestimmen – und Milliarden für die wahhabitische Missionierung im Ausland. Die Grundlage für eine Radikalisierung in den Nachbarländern war damit gelegt, für die Taliban, für Osama Bin Ladens Qaida. Und für den heutigen „Islamischen Staat“, dessen religiöses Programm dem der Wahhabiten in vielen Punkten frappierend ähnelt.

FOTOS: EVAN VUCCI / AP / DPA





Iranischer Präsident Rohani vor dem Porträt des Revolutionsführers Khomeini in Teheran

Ein Schicksalsjahr ist 1979 auch für Iran. Das von Washington gestützte Regime des Schahs Mohammad Reza Pahlavi bricht zusammen. Im Triumphzug kehrt Ajatollah Ruhollah Khomeini aus dem Exil zurück und macht aus dem Land die „Islamische Republik“. Bald zeigte sich, dass Khomeini jede Opposition in Blut ertränken wollte, sein „Gottesstaat“ nahm diktatorische Züge an.

Schon damals war die Rivalität zwischen Teheran und Riad, zwischen Schiiten und Sunniten, um den „richtigen Weg“, vor allem aber um die Macht, deutlich spürbar. Anscheinend unaufhaltsam steigende Erdölpreise ermöglichten damals beiden, diese Ziele zu verfolgen. Khomeinis geplanter Revolutionsexport aber scheiterte kläglich. Im Nachbarstaat Irak stachelten die USA erst den Diktator Saddam Hussein zum Angriff auf Teheran an und stürzten ihn später mit ihrer auf Lügen gebauten „Koalition der Willigen“. Und in ihrem eigenen Land verloren die Iraner die Illusion, dass religiöse Führer zwangsweise weniger korrupt als andere wichtige Funktionsträger sein müssten.

Jetzt, ein Vierteljahrhundert später, ist wieder so ein Wendepunkt gekommen. Eine Fahrt durch Saudi-Arabien und Iran in diesen Tagen zeigt die Unterschiede dieser beiden so unterschiedlich vom Islam geprägten Länder.

Bei jedem Gespräch in Dschidda ist zu spüren, wie sehr der Atomdeal und die damit verbundene Annäherung des Westens an Iran die Elite verunsichern. Niemandem ist entgangen, dass sich die Gewichte auch energiepolitisch zuungunsten Riads verschoben haben: Die USA sind dank neuer Fracking-Techniken kaum mehr auf saudi-arabisches Öl angewiesen. Um die Amerikaner auszubremsen, vor allem aber, um die Einnahmen der Iraner kleinzuhalten, die bald mit neuen Kapazitäten auf den Weltmarkt drängen werden, pumpt Saudi-Arabien, was das Zeug hält. Unschöner Nebeneffekt für das Königshaus: Die Rohölpreise sind so sehr gefallen, dass das Staatsdefizit Rekordhöhen erreicht hat – und die Regierenden ernsthaft fürchten müssen, ihre Bevölkerung nicht mehr mit großzügigen Geschenken ruhigstellen zu können. Dennoch gab dieser Staat voriges Jahr mehr Geld für Waffenimporte aus als jeder andere.

König Salman, seit Januar im Amt, hat zwar einen Generationenwechsel eingeleitet und seinen etwa 30-jährigen Sohn zum Verteidigungsminister gemacht, aber sein Regime ist eher noch rigider als das seiner Vorgänger. Die Anzahl der Todesstrafen ist stark gestiegen, oppositionelle Denker werden gnadenlos verfolgt, die einzige Frau im Kabinettsrang wurde entlassen. Und im Kampf gegen die Terrormiliz des IS bietet Saudi-Arabien ein höchst zwiespältiges Bild: Zwar geht das Königshaus offiziell gegen die IS-Kämpfer vor und hat im Juli wieder Hunderte Verdächtige im eigenen Land festgenommen. Aber immer noch sympathisieren viele Wahhabiten mit den Gesinnungsgenossen, die sich wie sie daran stören, Heilige zu verehren, und deren Bauwerke zerstören.

Nichts deutet darauf hin, dass das Königshaus von seiner radikalen Lehre bald abweichen wird, wenig darauf, dass Riad international eine wesentlich konstruktivere Rolle spielen wird. Abgesehen von den Gewinnen der Waffenindustrie spricht nichts dafür, dass die deutsche Politik Saudi-Arabiens Regierende weiter in Watte packen sollte. Nur wenn das Königshaus isoliert wird, könnte es sich vielleicht zu Reformen genötigt sehen.

Auch Iran ist weit davon entfernt, eine Musterdemokratie zu sein. Die Regierung Hassan Rohanis verfolgt nach wie vor Oppositionelle, auch hier steigt die Anzahl von Todesurteilen. Aber in Iran existieren wenigstens verschiedene Machtzentren, dazu gehört ein gewähltes Parlament, und es lassen sich Elemente einer Zivilgesellschaft ausmachen. Die Jugend, desillusioniert vom Gottesstaat, ist prowestlicher eingestellt als alle anderen in der Region. Iran ist langfristig der aussichtsreichere, wandlungsfähigere Partner. Irans außenpolitische Interessen und die des Westens decken sich unter anderem in Afghanistan – der schiitische Staat hat die sunnitischen Taliban von Anfang an mit allen Mitteln bekämpft. Im Irak gibt es schon eine unausgesprochene Allianz zwischen Washington und Teheran: In der vom IS angegriffenen Provinz Anbar teilen sich die Amerikaner und die Iraner sogar eine Militärbasis, in der sie mit Bagdads Sicherheitskräften gemeinsam beraten.

Es besteht Hoffnung, keine Gewissheit, dass liberale Kräfte in Iran die Oberhand gewinnen. Eine vorsichtige Annäherung aus kritischer Distanz wäre angebracht. Auch im Sinne einer nahöstlichen Friedensregelung. Ob man es mag oder nicht: Nur mithilfe Teherans – und der Vermittlung des russischen Präsidenten – kann der furchtbare syrische Präsident Baschar al-Assad vielleicht zu einem Machtverzicht und dem Gang ins Exil bewegt werden. Es wäre ein äußerst schmerzlicher Preis: Aber der Westen muss wohl akzeptieren, dass Assad-Vertraute für kurze Zeit an einer Übergangsregierung in Damaskus beteiligt werden.

Iran hat in den vergangenen Jahren bis zu eine Million afghanische und irakische Flüchtlinge aufgenommen, aus Saudi-Arabien gibt es keine belastbaren Zahlen. Weil es an Spendengeldern fehlt, musste die Uno ihren Lebensmittelzuschuss pro Flüchtling im Libanon von einem Dollar auf weniger als 50 Cent kürzen. Das Königshaus hat dem unterfinanzierten Uno-Hilfsplan für syrische Flüchtlinge im ersten Halbjahr gerade mal fünf Millionen US-Dollar überwiesen – nicht viel mehr, als der Monarch und seine eingeflogene Entourage für den Sommerurlaub an der Côte d’Azur ausgegeben haben dürften. ■

FOTOS: UPI / LAIF